

## Die Politik des DGB gegenüber SED und FDGB in der Endphase der DDR Ein Beitrag aus der Sicht der DDR-Opposition

---

Wolfgang Templin, geb. 1948 in Jena, Studium der Philosophie in Ost-Berlin, ist Mitbegründer der Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM). Während der Umbruchphase in der DDR war er Vertreter der IFM am Zentralen Runden Tisch.

Die Aufarbeitung der Gesamtpolitik des DGB gegenüber der realsozialistischen Diktatur in der DDR kann nicht auf einen bestimmten Zeitraum oder auf einen Ausschnitt der Organisationsbeziehungen beschränkt werden. Die Öffnung der Archive des FDGB, der SED und auch der Staatssicherheit haben erste Quellenarbeiten zu dieser Frage möglich gemacht und ein breites Arbeitsfeld für Historiker und zeitgeschichtlich Interessierte eröffnet.

Ohne den Ergebnissen umfassender Arbeiten vorwegzugreifen, aber durchaus in der Absicht, in die aktuelle Organisationsdebatte des nunmehr gesamtdeutschen DGB auch diese Seite seiner Geschichte mit einzubeziehen, erscheint die Aufwertung der DDR-Gewerkschaften durch den DGB als Teil seiner Fixiertheit auf eine Stabilitäts- und Reformpolitik von oben. Von daher konnte die DDR-Opposition der achtziger Jahre nicht zum Ansprechpartner der Westgewerkschaften werden. Umgekehrt kann man von einer DDR-Opposition als organisierte Bewegung nicht vor Mitte der achtziger Jahre sprechen, und auch dann noch spielten weder die sozialökonomische Situation noch die Rolle der Gewerkschaften eine Hauptrolle in der Auseinandersetzung mit dem SED-Staat. Im Vordergrund standen Themen der Friedensbewegung, der Ökologie und die Einforderung grundlegender politischer Rechte. Dennoch: Auch auf diesem Boden wären Kontakte zu den DGB-Gewerkschaften wichtig gewesen und hätten der zahlenmäßig kleinen und wirtschaftspolitisch unerfahrenen DDR-Opposition entscheidend weiterhelfen können.

### DGB-FDGB-Beziehungen

Wenn man dem DGB positiv unterstellt, daß er mit seiner Strategie von Spitzengesprächen und Begegnungstreffen mit FDGB-Funktionären in den siebziger und achtziger Jahren mehr wollte, als die bloße politische Anerkennung und Stabilisierung der DDR zu unterstützen, ist er jedenfalls mit diesen Absichten glatt gescheitert. Alle Protokolle und Begegnungsnotizen von DDR-Genossen über Kontakte zum DGB und seinen Gewerkschaften belegen im nachhinein eine umfassende ideologische Vorbereitung auf die Gespräche, eine genaue Planung, mit der spontane und unkontrollierte Begegnungen

möglichst ausgeschlossen wurden, und eine Regie der Verlautbarungen und Erklärungen über diese gemeinsamen Gespräche, mit der die SED-Seite immer zufriedener sein konnte. Wenn die DGB-Seite wirklich vorhatte, unterschiedliche politische Auffassungen beider Seiten sichtbar zu machen, ist ihr das im Verlauf der Gesprächsrunden immer weniger gelungen.

Heute über Motive und Hoffnungen der westdeutschen Gewerkschaftsseite bei Gesprächen mit offiziellen Partnern in der DDR zu sprechen, heißt zwangsläufig, über die Licht- und Schattenseiten sozialdemokratischer Entspannungspolitik zu reden. Mit dem Konzept *Wandel durch Annäherung* konnte eine Strategie gemeint sein, die auf die langfristige friedliche Überwindung von Diktaturen in einer äußerst labilen weltpolitischen Situation setzte. In der politischen Praxis geriet die Annäherung aber zu einer Annäherung an die Diktatoren und ihre großen und kleinen Helfershelfer. Die inoffiziellen Teile der östlichen Gesellschaften und hier speziell der DDR blieben bei derartigen Kontakten fast immer ausgeschlossen. Es gab einzelne Sozialdemokraten und auch Gewerkschafter, die sich diesen Regem nicht beugten, aber wenn es um die Politik der Organisationsführungen geht, rechtfertigt die Bilanz dieses Teils der Ostpolitik schon die hämischen Worte Volker Rühes vom *Wandel durch Anbiederung*. Nicht einmal heute ist es möglich, über die wirklichen Fehler und Defizite dieser Politik unvoreingenommen zu befinden, weil Eitelkeit, Verdrängung und Angst vor Gesichtverlust die Realeinschätzung trüben. Noch immer wird das SED-SPD-Dialogpapier, ein wahres Glanzstück seiner Art, krampfhaft verteidigt und als gekonntes Umwegmanöver zur Desillusionierung über den wahren Charakter der SED gepriesen. Noch immer werden skrupellose Menschenhändler vom Schlage des DDR-Rechtsanwalts Vogel von prominenten Sozialdemokraten verteidigt und mit Persilscheinen versehen. Noch immer wird der taktische Umgang mit Menschenrechten und ihrer Mißachtung als realpolitische Notwendigkeit diskutiert. Die ganze Erbärmlichkeit christdemokratischer Verbalabgrenzung vom Honecker-Regime und gleichzeitiger Realkumpanei mit Gestalten wie Schalck-Golodkowski soll hier nicht verschwiegen werden, aber sie rechtfertigt nicht die Sprachlosigkeit von Gewerkschaften und Sozialdemokratie gegenüber ihrem eigenen Versagen.

Wenn es unmittelbar um die deutsch-deutschen Gewerkschaftskontakte geht, müssen eine Reihe zusätzlicher Illusionen und Vorspiegelungen im Spiel gewesen sein. Zunächst einmal gab es die Suggestion von den im weitesten Sinne vergleichbaren Aufgaben von Gewerkschaften in West und Ost, das heißt die Erwartung, bei den östlichen Gewerkschaftsfunktionären irgendwo auf *Kollegen* zu treffen. Der FDGB in Gestalt seiner offiziellen Vertreter tat seinerseits alles, um diesen Vorstellungen zu entsprechen und die Betreuungs- und Versorgungsaufgaben der DDR-Gesellschaft herauszustreichen. Feriendienst und Kinderangebote, Sozialversicherungswesen und die Interessenvertretung im Betrieb wurden ausführlich vorgestellt. Die Integrations- und Disziplinierungsfunktion der Gewerkschaften, das Verständnis der FDGBler als

politische Funktionäre wurden dagegen bei Kontakten mit westdeutschen Gewerkschaftern wenig thematisiert, obwohl die zuständigen Gewerkschaftsfunktionäre bei nahezu jeder politisch motivierten Kündigung oder Entlassung, ob wegen eines Ausreiseantrags oder anderen Formen von Resistenz und Widerstand, ihr Einverständnis gegeben haben.

Die Schulen der sozialistischen Arbeit und der Sozialistische Wettbewerb waren die verbreitetsten Formen zusätzlicher Indoktrination und Anpassungsleistungen für breite Teile der Werktätigen. Vor allem: Bis auf die Ebene der einzelnen Gewerkschaftsgruppen diktierte letztlich die SED das Organisations- und Verhandlungsgeschehen und leitete ihrerseits die Gewerkschaftsfunktionäre an. Lenins Vorstellung von den Gewerkschaften als *Transmissionsriemen* und Reservoir nützlicher Idioten war keine antikommunistische Legende über die Bolschewik!, sondern tagtägliche Praxis bis in die letzten Tage der alten DDR hinein. Dementsprechend waren der Ruf und das Ansehen, welches die Gewerkschaften in der DDR-Bevölkerung hatten: Viele akzeptierten die Mitgliedschaft und die materiellen und sozialen Angebote der Gewerkschaften, gingen aber jeder zusätzlichen Inanspruchnahme aus dem Weg. Andere ließen sich als Stimmvieh und Staffage für *gesellschaftliche Höhepunkte*, wie den 1. Mai, mißbrauchen. Der letzte Vorsitzende des FDGB, Harry Tisch, galt als Dummkopf und Trinker - ihn selbst oder andere FDGB-Funktionäre in die Nähe potentieller Reformer zu bringen, wäre niemandem eingefallen.

Aus der Sicht der DGB-Spitze kam der Bedeutung guter Beziehungen zum FDGB in den achtziger Jahren ein immer größeres Gewicht zu. In einer Vorlage für das Politbüro der SED zum Besuch einer Delegation des DGB vom Mai 1987 konnte Harry Tisch zufrieden anmerken: „Seitens der DGB-Delegation wurde alles vermieden, was diesen positiven Verlauf hätte stören können. (...) Es ist erkennbar, der DGB hat heute ein anderes Verhältnis zur DDR und ihrer Politik als noch vor wenigen Jahren. (...) Ausgehend vom Verständnis der Sicherheitsfragen für das Überleben der Menschheit wurde mit der Delegation die bisher weitestgehende Übereinstimmung erreicht.“<sup>1</sup>

In den besten Zeiten Gorbatschows und einer relativen gesellschaftlichen Ruhe in der DDR konnte man aus Überschätzung der Reform- und Vernunftpotentiale von oben vielleicht noch Illusionen hegen, daß diese aber bis in die letzten Monate der DDR hinein anhielten, ist nicht mehr nachzuvollziehen. Gelegenheiten aufzuwachen und zum Realismus zu finden, gab es genügend. Als im Februar 1988 eine Delegation der Abteilung Jugend des DGB in die DDR fuhr, lagen die Ereignisse um die Umweltbibliothek und die Verhaftungen am Rand der offiziellen Gedenkdemonstration für Rosa Luxemburg nur kurze Zeit zurück. In beiden Situationen hatte es Massenproteste der

---

<sup>1</sup> Hans Hermann Herde, Nichteinmischung. Die FDGB-DGB-Beziehungen von 1972 bis 1989 oder der Beitrag der Spitzenfunktionärsdiplomatie zur gewerkschaftlichen Lähmung im demokratischen Umbruch- und deutschen Einigungsprozeß, in: Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Nr. 50, Berlin 1990, S. 9.

DDR-Bevölkerung und die spontane Solidarisierung mit der inner- und außerkirchlichen Opposition gegeben. Jetzt wollten auch DGB-Vertreter mit DDR-Oppositionellen sprechen und verlangten eine Erweiterung des Besuchsprogramms. Die Krisenregie auf DDR-Seite lief an, und Honecker verweigerte persönlich jede Änderung der vorgesehenen Gespräche mit Offiziellen. Es kam zum Eklat und Abbruch der Reise, aber nicht etwa zu dauerhaften Konsequenzen für den DGB, sondern zu einer erneuten Politik der Schadensbegrenzung auf Vorsitzendenebene. Noch 1989 konnte Harry Tisch seinen Generalsekretär Honecker beruhigen und mitteilen, daß der DGB im Gegensatz zu anderen Kräften in der Bundesrepublik keine Forderungen nach Veränderungen an die Gewerkschaften der DDR stelle.

Zumindest in den beiden letzten Jahren der alten DDR war die Schärfe der gesellschaftlichen Konflikte so deutlich vorhanden, die Unzufriedenheit der Bevölkerung bereits so groß und die Opposition zunehmend breiter präsent, daß es für die DGB-Gewerkschaften keinen akzeptablen Grund mehr gab, die bisherige Funktionärsdiplomatie fortzusetzen. In einer Vielzahl von Städten der DDR, in Leipzig, Dresden, Rostock und Potsdam, in vielen kleineren Städten und Ortschaften nahmen die Proteste und Demonstrationen zu, der Ausreisedruck wuchs rasant und die entstehende Bürgerbewegung geriet, unterstützt von den Kirchen, auf die Straße. In dieser Situation tauschten die Gewerkschaften, als sei nichts geschehen, weiter offizielle Verlautbarungen aus, schmiedeten Pläne in Sachen Archivzusammenarbeit und betonten ihre guten Beziehungen. Als die DDR-Bürger schließlich noch im September 1989 im Fernsehen Harry Tisch auf offizieller Besuchsreise beim DGB bewundern durften und die Politik der DDR als unveränderlich verkündet hörten, müssen für viele einfache Menschen die westdeutschen Gewerkschaften weiter an Ansehen verloren haben. Die Fehler und Fehleinschätzungen des DGB wirkten folgerichtig in den Herbst 1989, den Zerfall der DDR und den Aufbau der demokratischen Gewerkschaftsbewegung in der DDR hinein. Auch hier war es nur eine kleine Minderheit von westdeutschen Gewerkschaftern, die nach Möglichkeiten eines Neubeginns suchten.

Keinesfalls geht es bei den hier gestellten Fragen lediglich um eine Politik der symbolischen Unterstützung in einem politisch chancenlosen Prozeß. Die DDR mußte mit Notwendigkeit untergehen - in ihr einen hoffnungsvollen Gegenentwurf zur westlichen Gesellschaft zu sehen, gehört zu den folgenschwersten Verblendungen der Linken. Wieviele ihrer Altlasten und historischen Bürden aber über den Zusammenbruch noch mitgeschleppt wurden und wieviel Kraft eine demokratische Bewegung in der Umbruchphase gewinnen konnte, war nicht von vornherein ausgemacht.

Ein guter Kenner der DDR-Entwicklung und DGB-Funktionär, der früh Kontakte zur Opposition gewann und hielt, hat hierzu völlig zu Recht bemerkt: „Die Demokratiebewegung auf die Gewerkschaften in der DDR auszudehnen, das hätte eine prinzipielle und mit langem Atem versehene Unterstützungspolitik der demokratischen Opposition in der DDR verlangt, natürlich auch um

den Preis des Konfliktes mit den damaligen staatstragenden Potentialen in der DDR. Eine solche Politik, die keinesfalls im Widerspruch zur Entspannungspolitik gestanden, sondern den Grundlagen des KSZE-Prozesses entsprochen hätte, wäre möglicherweise Ermutigung für die Demokratiebewegung in der DDR gewesen, sich stärker um die Arbeiterschaft zu bemühen. Sicherlich hätte eine solche Politik wenigstens des *sowohl als auch* dazu beigetragen, reformerische und demokratische Tendenzen innerhalb der alten DDR-Gewerkschaften freizusetzen und zu ermutigen."<sup>2</sup>

Drei Jahre nach den Ereignissen der friedlichen Revolution des Herbstes 1989 Hegen die Chancen und Versäumnisse offener zu Tage. Keine noch so gut organisierte Opposition und Bürgerbewegung hätte aus dem Erbe jahrzehntelanger Entmündigung und sozialer Zerstörung einen selbstbewußten und realitätstüchtigen gesellschaftlichen Neuaufbau der ehemaligen DDR bewerkstelligen können. Der Fall in die Arme der alten Bundesrepublik drückte die Ernüchterung und Verstörung einer Bevölkerung aus, die sich selbst nichts mehr zutraute und auf die alten Mechanismen von Stärke und Überlegenheit reagierte. Dennoch gab es die Bereitschaft zur Selbstorganisation und zum Aufbau einer demokratischen Bewegung. Die Betriebe standen nicht im Zentrum des Umbruchs, aber auch dort gab es eine Menge Bemühungen. Doch in dieser Zeit war die hauptsächliche Aktivität des DGB noch darauf gerichtet, sich mit den FDGB-Strukturen zu arrangieren und eine Übertragung der Gewerkschaftsstrukturen der bundesrepublikanischen Gesellschaft in die neuen Bundesländer vorzubereiten. Und zugleich verschwanden die Ergebnisse der Reform- und Organisationsdiskussion innerhalb der westdeutschen Gewerkschaften wieder in den Schubladen.

---

<sup>2</sup> Peter Seideneck, Die soziale Einheit gestalten. Über die Schwierigkeiten des Aufbaus gesamtdeutscher Gewerkschaften, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 53/1991, S. 3.